

## RECHTSPOPULISMUS



Graphik © Florian Mitgutsch

### IN DIESEM HEFT

Grußworte zur Eröffnung	S. 3
Keynote: Politische Bildung in Zeiten (rechts-)populistischer Herausforderungen – Professionalität und Haltung	S. 5
Fachforum 1: Islamfeindlichkeit, Homosexuellenfeindlichkeit und Rechtspopulismus	S. 7
Fachforum 2: Neurechte Agitationen gegen sexuelle und geschlechtliche Vielfalt in Schule und Bildung	S. 14
Podiumsdiskussion: Rechtspopulismus als Gefahr für Vielfalt und Respekt	S. 17

## Vorwort: Dokumentation der Regionalkonferenz

Diese Broschüre dokumentiert die Ergebnisse der zweiten Regionalkonferenz „Gegensteuern - Rechtspopulismus und Gleichstellungsgegner\*innen die Stirn bieten“ am 8. November 2018 in München.

Im Rahmen dieser Konferenz wurden die von Aktivist\*innen und Fachkräften entwickelten Ideen für Strategien aus dem Vernetzungstreffen in Mannheim vom Herbst 2017 weiterentwickelt. Wissenschaftler\*innen, Vertreter\*innen aus Stiftungen, Politik und Fachverbänden diskutierten gemeinsam diese Ansätze, um mit Mut und Kreativität den faktenfreien Kampagnen entgegenzuwirken. Gleichzeitig ist dieses Format Impulsgeber, um neue Bündnisse zwi-

schen LSBTI\*<sup>1</sup>-Vereinen und anderen zivilgesellschaftlichen Organisationen anzustoßen wie zum Beispiel mit Gewerkschaften und Unternehmen, Medien, Wissenschaft, Kultur und Sport, Religions- und Weltanschauungsgemeinschaften, migrantischen und anti-rassistischen Initiativen, Fachkräften aus der Bildungs-, Familien- und Jugendarbeit. Die Regionalkonferenz ist Teil des LSVD-Projekts „Miteinander stärken. Rechtspopulismus entgegenwirken“.

Der Familien- und Sozialverein des LSVD als Projektträger wird gefördert in der Strukturentwicklung zum bundeszentralen Träger im Themen- und Strukturfeld „Akzeptanzförderung und Empowerment für lesbische, schwule, bisexuelle, intersexuelle bzw. intergeschlechtliche Menschen sowie ihre Angehörigen“ vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend im Rahmen des Bundesprogramms „Demokratie leben!“.

Markus Nau @ LSVD



Moderator Markus Nau bei der Eröffnung

Das LSVD-Projekt „Miteinander stärken. Rechtspopulismus entgegenwirken“ fördert die Akzeptanz von Lesben, Schwulen, bisexuellen, trans\* und intergeschlechtliche Menschen (LSBTI\*). Die Stärkung von LSBTI\*, ihren Verbündeten und Fachkräften steht dabei ebenso im Vordergrund wie die Ent-

wicklung nachhaltiger Strategien und der Aufbau zivilgesellschaftlicher Allianzen gegen Homosexuellen- und Trans\*Feindlichkeit, Rassismus, Antisemitismus sowie gegen jede weitere Form gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit. Die Regionalkonferenz in München war eine Veranstaltung des

Lesben- und Schwulenverbandes (LSVD) mit Unterstützung der Münchner Volkshochschule und mit Förderung der Fachstelle für Demokratie der Landeshauptstadt München. Moderiert wurde sie von dem Sozialpädagogen, Dozent und Erzählkünstler **Markus Nau**.

<sup>1</sup> Die Abkürzung LSBTI\* steht für Lesben, Schwule, Bisexuelle, trans\* und intergeschlechtliche Menschen.

# Grußworte zur Eröffnung der Regionalkonferenz

Auszug aus der Begrüßung von Markus Apel, Vorstand des LSVD Bayern

Markus Apel © LSVD Bayern



**„Die Regionalkonferenzen von ‚Miteinander stärken‘ stehen in meinen Augen sinnbildlich für das, was politisches Engagement in der Regenbogen-Gemeinschaft ausmacht. Menschen aus den unterschiedlichsten Bereichen der Gesellschaft halten an diesen Tagen unsere Demokratie und unseren Umgang mit Menschenrechten lebendig.“**

– Markus Apel

Ich möchte im Namen des LSVD Bayern alle Anwesenden ganz herzlich zu unserer Regionalkonferenz hier in München begrüßen. Zuerst will ich mich ausdrücklich bei allen Mitwirkenden bedanken, die diesen Tag heute möglich gemacht haben. Danke René Mertens, danke Jürgen Rausch!

Ein großer Dank gilt auch dem LSVD Bundesverband und dem Bundesvorstand. Danke Marion Lüttig, danke Axel Hochrein! Danke, dass ihr hier in München seid.

München kann sehr politisch sein und hat dies gerade in letzter Zeit oft unter Beweis gestellt. Progressiv, laut und bunt gingen im Zuge der Landtagswahl zehntausende Menschen auf Bayerns Straßen. Als ich vor etwa einem Jahr das erste Mal gemeinsam mit dem LSVD aktiv wurde, war das bei der Regionalkonferenz in Mannheim. Die Bedingungen für den Einstieg ins politische Engagement waren für mich optimal. Dort kamen verschiedenste Menschen zusammen, um über Populismus und Menschenfeindlichkeit zu diskutieren. Um gemeinsam Strategien zu entwickeln, wie man Menschenrechte, Vielfalt und Respekt noch stärker in der Gesellschaft verankert.

Lasst uns diesen Tag heute nicht nur über das Schlechte sprechen. Lasst uns darüber sprechen, wie wir unsere Ansprüche an eine bunte und freie Gesellschaft effektiv formulieren und

verteidigen können. Dafür wünsche ich uns allen viel Erfolg.

Markus Apel  
(Es gilt das gesprochene Wort)



Markus Apel und Marion Lüttig © LSVD

Markus Apel und Marion Lüttig



# Grußworte zur Eröffnung der Regionalkonferenz

Auszug aus der Begrüßung von Marion Lüttig, LSVD-Bundesvorstand

Marion Lüttig © LSVD Bayern



**„Menschenrechte, Vielfalt, Respekt und die Stärkung des gesellschaftlichen Miteinanders – das ist unsere Formel gegen Ideologien der Ungleichwertigkeiten.“**

– Marion Lüttig

Als Lesben- und Schwulenverband (LSVD) freuen wir uns, heute mit unserem Projekt „Miteinander stärken. Rechtspopulismus entgegenwirken“ in der Volkshochschule München sein zu dürfen. Es macht mich stolz, dass wir heute viele unterschiedliche Akteur\*innen zusammenbringen und ein Forum für Vernetzung und Austausch bieten können.

Wie wichtig und notwendig dieses LSVD-Projekt ist, zeigen mir nicht nur die Anfeindungen, die Lesben, Schwule, Bisexuelle, trans\* und intergeschlechtliche Menschen (LSBTI\*) von Rechtspopulist\*innen und religiösen Fundamentalisten erfahren müssen, sondern auch, dass der öffentliche Diskurs immer weiter nach rechts zu rutschen scheint. Was früher kaum sagbar erschien, wird heute wieder salonfähig.

Mit ihrer menschenfeindlichen Ideologie versuchen rechte Gruppen und Parteien unser respektvolles Miteinander zu vergiften und uns zu spalten. Dieses Gift wirkt bis in die Mitte der Gesellschaft.

Gleichstellungsgegner\*innen diffamieren landauf, landab Bildungspläne, greifen zivilgesellschaftliche Organisationen mit Unterlassungsverfügungen an, lähmen Verwaltungen mit Anfra-

gen und versuchen Minderheiten gegeneinander auszuspielen. Dieser besorgniserregenden Entwicklung werden wir uns hier weiter mutig und kreativ entgegenstellen.

Die heutige Regionalkonferenz ist ein wichtiger Schritt dorthin. Gemeinsam wollen wir heute neue Strategien entwickeln und neue Bündnisse schmieden, damit wir den drohenden Rollback

abwehren können. Menschenrechte, Vielfalt, Respekt und die Stärkung des gesellschaftlichen Miteinanders – das ist unsere Formel gegen Ideologien der Ungleichwertigkeiten.

Marion Lüttig

(Es gilt das gesprochene Wort)



Grafik © Florian Mitgutsch

# Keynote: „Politische Bildung in Zeiten (rechts-) populistischer Herausforderungen. Professionalität und Haltung“

Prof. Dr. Rico Behrens, Lehrstuhl für politische Bildung an der Katholischen Universität Eichstätt und Leitung des Modellprojekts „Starke Lehrer – Starke Schüler“ an der Technischen Universität Dresden

Rico Behrens © privat



„Es bleibt festzuhalten, dass die Politische Bildung in Deutschland nach 1945 in der Tradition wehrhafter Demokratie steht, die die Schrecken des Nationalsozialismus noch im Gedächtnis hat. Sie muss als demokratischer Raum funktionsfähig bleiben und früher als derzeit ansetzen.“

– Rico Behrens

Rechtspopulismus scheint derzeit die ultimative Herausforderung für die politische Bildung zu sein. Fähigkeiten von „Besorgten“ treffen auf rationale Erklärungsdidaktiken politischer Bildner\*innen. Oder befinden wir uns doch eher in einem Abwehrkampf gegen die extreme Rechte? Und was hat die politische Bildung hier momentan zu bieten? Diesen Fragen ging Prof. Dr. Rico Behrens in seiner einführenden Keynote nach.

## Was ist eigentlich Rechtspopulismus ?

Rechtspopulismus ist nach Jan-Werner Müller (Politikwissenschaftler) eine „bestimmte Politikvorstellung, laut der einem moralisch reinen, homogenen Volk stets unmoralische, korrupte Eliten gegenüberstehen“. Darüber hinaus ist Rechtspopulist\*innen gemein, dass sie sich „offensiv zu einer eher anrühigen Praxis bekennen. In ihrem Selbstverständnis sind sie die einzig legitimen Vertreter des Volkes“. Ihre Politik zielt darauf ab, dass das Volk sie als Vollstrecker des Volkswillens identifiziert und wählt. Populist\*innen von Rechts sind schon aus ihrem Selbstverständnis

heraus antipluralistisch. Alle, die sich ihnen entgegenstellen, stellen sich auch dem vermeintlich wahren Volk entgegen.<sup>3</sup> Die populistische Logik ist darüber hinaus von folgenden Kernelementen geprägt:<sup>4</sup>

- Es besteht ein Anspruch auf unmittelbare Volksherrschaft, die auf einen „Leader“ übertragen werden soll. Der „Leader“ wird als eine Person aus dem Volk propagiert.
- Der Gemeinwille wird mit dem „Volks- oder Mehrheitswillen“ gleichgesetzt.

- Antielitäre Haltung: das „gute“ Volk gegen „die verkommene“ etablierte politische Klasse

Rechtspopulist\*innen proklamieren eine scheinbare Abkehr vom Rechtsextremismus und nutzen die Befürwortung der direkten Demokratie als Mittel, um sie im Namen des Volkes zu destabilisieren. Mit dem Rechtspopulismus gehen auch unterschiedliche Erscheinungsformen gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit (GMF) einher wie zum Beispiel Homosexuellen- und Trans\*-Feindlichkeit, Islamfeindlichkeit, Abwertung von Langzeitarbeitslosen oder

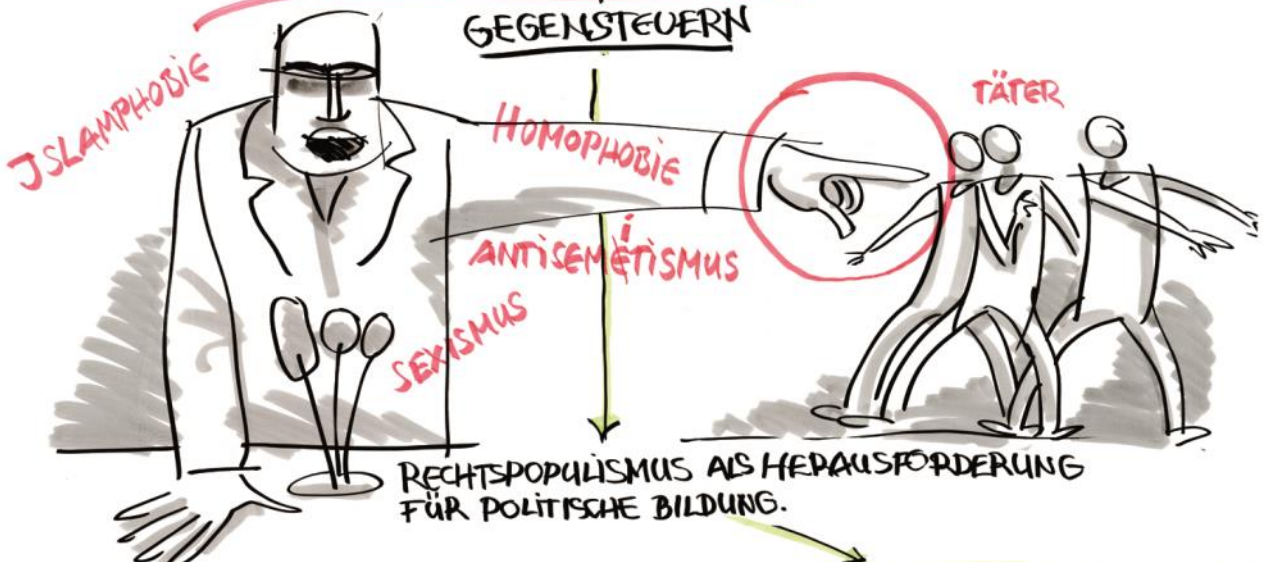
<sup>2</sup> Vgl. Müller, Jan-Werner 2016, zitiert online: [www.deutschlandfunk.de/essay-von-jan-werner-mueller-handbuch-zum-umgang-mit.1310.de.html?dram:article\\_id=355574](http://www.deutschlandfunk.de/essay-von-jan-werner-mueller-handbuch-zum-umgang-mit.1310.de.html?dram:article_id=355574)

<sup>3</sup> Vgl. Müller, Jan-Werner (2015): Was ist Populismus? Frankfurt am Main. S. 18 ff.

<sup>4</sup> Vgl. Priester, Karin (2012): Wesensmerkmale des Rechtspopulismus. In: APuZ, 5-6/2012, S. 3-9. Online verfügbar unter [www.bpb.de/apuz/75848/wesensmerkmale-des-populismus?p=all](http://www.bpb.de/apuz/75848/wesensmerkmale-des-populismus?p=all)



# RECHTSPOPULISMUS



- 1. (RECHTS)POPULISMUS ALS ANTIRURALE LOGIK.
- RECHTSPOPULISMUS ALS DÜNNE IDEOLOGIE.
- UNGLEICHWERTIGKEITEN SALONFÄHIG MACHEN.
- STRATEGIE DER RECHTEN EXTREMISTEN
- POLITISCHE BILDUNG AUSBAUEN
- GEGENSTRATEGIEN:
  - REGRESSIV/REAKTIONÄR
  - LIBERAL
  - DEMOKRATISCH



- POPULISMUS ALS SOZIALE PATHOLOGIE UND THERAPIEFALL
- POPULISMUS ALS WISSENSDEFIZIT UND NEUER ERKLÄRUNGSAUFLASS
- POPULISMUS ALS IRRITATION IM ÖFFENTLICHEN DISKURS

- KLARE HALTUNG
- BETROFFENE SCHÜTZEN
- DEKONSTRUKTION UND AUSEINANDERSETZUNG MIT DEN THEMEN





Abwertung von Obdachlosen. Die Abwertung der Anderen in Abgrenzung zu eigenen Denkweisen speist sich auch

aus politisch rechtsextremen Ideologemen. So sind in allen diesen Einstellungen und Haltungen immer wieder

völkisches Denken, Rassismus oder nationalistische Elemente zu erkennen.

## Welche Ansätze hat Politische Bildung, um rechten Ideologien entgegenzuwirken?

Die Politische Bildung<sup>5</sup> versucht durch bewusst geplante, organisierte und zielgerichtete Maßnahmen in Schulen und anderen Bildungseinrichtungen junge Menschen und Erwachsene auf die Teilnahme am politischen und gesellschaftlichen Diskurs vorzubereiten. Der eigenen bewussten Urteilsbildung kommt dabei eine zentrale Rolle zu. Besonders Schüler\*innen sollen im Politikunterricht dazu befähigt werden, sich ein eigenes Urteil bilden zu können. Die Prozesse und Lerninhalte in Schulen und Bildungseinrichtungen sollen im Rahmen des „Beutelsbacher Konsens“<sup>6</sup> diese Urteilsbildung ermöglichen und leiten. Aus dem Konsens ergeben sich folgende Maßstäbe, die von politischen Bilder\*innen berücksichtigt werden müssen:

- **Überwältigungsverbot:** Es ist nicht erlaubt, Schüler\*innen im Sinne erwünschter Meinungen zu überrumpeln und sie damit an der Gewinnung eines selbstständigen Urteils zu hindern.
- **Kontroversitätsgebot:** Was in Politik und Wissenschaft kontrovers ist, muss auch im Unterricht kontrovers erscheinen.
- **Politische Teilhabe:** Junge Menschen sollen in die Lage versetzt werden, eine politische Situation und die eigene Interessenlage zu analysieren. Gleichfalls sollen sie diese Situation nach ihrem eigenen Urteil beeinflussen können und Mechanismen der politischen Teilhabe kennen und anwenden können.

Gegenwärtig versuchen rechtspopulistische Parteien den Konsens zu instru-

mentalisieren. Sie zielen darauf ab, menschenfeindliche Einstellungen und Thesen in Schule und Unterricht unterzubringen und damit den Diskursraum bewusst zu verschieben. Zum anderen

gelten. Wenn Schülerinnen und Schüler in einer Diskussion Standpunkte äußern, die mit der freiheitlich-demokratischen Grundordnung und den Menschenrechten nicht vereinbar sind,



wird mit Rückgriff auf das Überwältigungsverbot versucht, die Thematisierung von unterschiedlichen Lebensweisen und Identitäten im Unterricht zu verhindern und kritische Stimmen zu rechtspopulistischen Positionen „mundtot“ zu machen.<sup>7</sup> Der Versuch, Lehrkräfte durch Meldeportale zu denunzieren, wenn sie sich vermeintlich nicht neutral verhalten, ist nur eine dieser Strategien. In diesem Zusammenhang hat auch die Kultusministerkonferenz (KMK) in ihrer aktuellen Empfehlung für Demokratiebildung folgendes festgestellt: „Dies (d.h. das Überwältigungs- bzw. Kontroversitätsgebot, d.Verf.) bedeutet nicht, dass jede Position akzeptiert werden muss oder alle Positionen in gleicher Weise

dürfen Lehrerinnen und Lehrer diese keinesfalls unkommentiert oder unreflektiert lassen. Werden in der Schule kontroverse Thematiken behandelt, haben Lehrkräfte die anspruchsvolle Aufgabe, den Unterrichtsgegenstand multiperspektivisch zu beleuchten, zu moderieren, bei Bedarf gegenzusteuern sowie Grenzen aufzuzeigen, wenn diese überschritten werden.“<sup>8</sup> Lehrkräfte und pädagogisches Personal sehen sich in unterschiedlichen Kontexten mit rechtspopulistischen Themen und Akteur\*innen konfrontiert. Berührungspunkte sind hier nicht nur Aussagen von Schüler\*innen im Unterricht oder bereits angesprochen Denunziationsversuche, sondern auch Besuchsanfragen von Akteur\*innen rechtspopulis-

<sup>5</sup> Vgl. Politische Bildung, in: [www.bpb.de/nachschlagen/lexika/handwoerterbuch-politisches-system/202092/politische-bildung?p=all](http://www.bpb.de/nachschlagen/lexika/handwoerterbuch-politisches-system/202092/politische-bildung?p=all)

<sup>6</sup> Vgl. Wehling, Hans-Georg (1977): Konsens à la Beutelsbach? Nachlese zu einem Expertengespräch. In: Siegfried Schiele / Herbert Schneider (Hrsg.): Das Konsensproblem in der politischen Bildung. Stuttgart, S. 173 - 184, hier S. 179f. Online verfügbar unter: [www.bpb.de/die-bpb/51310/beutelsbacher-konsens](http://www.bpb.de/die-bpb/51310/beutelsbacher-konsens)

<sup>7</sup> Vgl. GEW (2018): Fragen und Antworten zu den Meldeportalen der AfD. Online verfügbar unter [www.gew.de/schule/fragen-und-antworten-zu-den-denunziationsplattformen-der-afd](http://www.gew.de/schule/fragen-und-antworten-zu-den-denunziationsplattformen-der-afd)

<sup>8</sup> Zitiert nach: Kultusministerkonferenz (2018): Demokratie als Ziel, Gegenstand und Praxis historisch-politischer Bildung und Erziehung in der Schule. Quelle: [www.kmk.org/fileadmin/Dateien/pdf/PresseUndAktuelles/2018/Beschluss\\_Demokratieerziehung.pdf](http://www.kmk.org/fileadmin/Dateien/pdf/PresseUndAktuelles/2018/Beschluss_Demokratieerziehung.pdf)

tischer Parteien oder deren Teilnahmen bei Veranstaltungen. Um sich mit rechtspopulistischen Ideologien in der Politischen Bildung auseinanderzusetzen,

gibt es unterschiedliche Ansätze. Prof. Anja Besand (TU Dresden) skizziert im Folgenden drei unterschiedliche Formen<sup>9</sup> und Vorgehensweisen:

### Regressiv/reaktionär

Diese Strategie ist durch eine zugewandte Aufnahme geprägt, die sich der Empörung zuwendet, die Ängste ernst nimmt und Verständnis und Interesse signalisiert. Populismus wird hier als soziale Pathologie und Therapiefall angesehen.

### Liberal

Diese Strategie kann als sachlich-nüchtern charakterisiert werden. Sie versucht der populistischen Erregung eine Demonstration der Leistungs- und Funktionsfähigkeit der politischen Institutionen und Verfahren gegenüberzustellen. Populismus wird hier als Wissensdefizit verstanden, der neue Erkenntnisanlässe benötigt (sachorientiert / pädagogisch).

### Demokratisch

Hierunter fallen Ansätze, die sich in offenen Debatten mit rechtspopulistischen Vorstellungen auseinandersetzen sowie Meinungs- und Willensbildungsprozesse aktiv vorantreiben. Populismus wird hier als eine Art Irritation im öffentlichen Diskurs verstanden.



Graphik © Florian Mitgutsch

Einen „Königsweg“ für eine gute Auseinandersetzung mit rechtspopulistischen Agitationen gibt es nicht. Lehrkräfte und politische Bildner\*innen müssen situativ entscheiden, welche Strategie für sie am zielführendsten ist und wo eine Grenze zu diskriminierenden oder verfassungsfeindlichen Agitationen überschritten werden.

Es bleibt jedoch festzuhalten, dass die Politische Bildung in Deutschland nach 1945 in der Tradition wehrhafter Demokratie steht, die die Schrecken des Nationalsozialismus noch im Gedächtnis hat. Sie muss als demokratischer

Raum funktionsfähig bleiben und schon früher als derzeit ansetzen. Besonders in Kindertagesstätten und Grundschulen braucht es mehr Demokratie-Lernen. Kinder und Jugendliche sollten in jungen Jahren an demokratischen Prozessen teilnehmen und teilhaben können.

Es geht hier besonders darum, die Selbstwirksamkeit als Subjekt in der demokratischen Gesellschaft zu fördern und zu erleben. Um das zu gewährleisten, müssen Lehrkräfte und pädagogisches Personal gestärkt und professionalisiert werden. Den Versu-

chen, politische Diskursräume zugunsten rassistisch-völkischer Anschauungen oder gruppenbezogener Diskriminierungen zu verschieben, müssen alle Akteur\*innen der Politischen Bildung, aber auch staatliche Behörden entschieden entgegnet werden.

In dieser Auseinandersetzung sind eine klare Haltung und der Schutz von Betroffenen ebenso wichtig wie die unaufgeregte Dekonstruktion der Agitation von Rechts.

(Es gilt das gesprochene Wort)

<sup>9</sup> Vgl. Besand, Anja (2017): Nach Pegida – Rechtspopulismus als Herausforderung für die politische Bildung.

In: Landeszentrale für Politische Bildung Baden-Württemberg (Hrsg.): Bürger & Staat. Rechtspopulismus. 1/2017, S. 63-70



# Fachforum 1: „Islamfeindlichkeit, Homosexuellen-Feindlichkeit und Rechtspopulismus“

Leitung: **Markus Ulrich**, LSVD-Pressesprecher

Expert\*innen: **Diana Sherzada**, M.A., Institut für Ethnologie an der Ludwig-Maximilians-Universität München; **Andreas Ismail Mohr**, Islamwissenschaftler

Diana Sherzada @ privat



„Gesellschaftlicher Zusammenhalt erfährt derzeit eine deutliche Bedrohung. Verschiedene Prozesse sozialer Grenzbildung wie in öffentlich geteilten Repräsentationen, in denen sich Menschen und Menschengruppen selbst und andere zueinander in Bezug setzen und auf- bzw. abwerten, müssen differenziert betrachtet und diskutiert werden. Nur so können Diskriminierungen aller Art als gesamtgesellschaftliches Problem fokussiert werden. Dies ist meines Erachtens eine der wichtigsten zukünftigen Aufgaben, weil diese letztendlich den Zusammenhalt unserer Gesellschaft gefährden.“

– Diana Sherzada

## „Den Islam“ gibt es nicht

Zu Beginn des Fachforums diskutierten die Expert\*innen die religiöse Legitimierung von Homosexuellenfeindlichkeit in islamischen Schriften. Auch wurde darüber gesprochen, dass es „den Islam“ ebenso wenig gibt wie „den Muslim/die Muslima“. Orient und Okzident sind durch Migrationen und transnationale Ökonomien, durch elektronische Medien und internationale Beziehungen eng verflochten.

In diesem Zusammenhang merkte Diana Sherzada an, dass es bei der Auseinandersetzung mit den Themen „Muslimfeindlichkeit“ und „Homosexuellenfeindlichkeit“ wichtig sei, sich bewusst zu machen, dass verschiedene Menschengruppen in Deutschland nicht auf die gleiche Weise in der Öffentlichkeit zu Wort kommen wie andere (Wer spricht über wen? Wer wird nicht gehört?). Was wir über andere wissen und in der Öffentlichkeit hören, kann unsere Meinung aber (unbewusst mit) prägen. Die Frage, wie Normen in der Öffentlichkeit vertreten werden, ist damit eng verknüpft. Daher sollten wir überlegen, von wem diese definiert

werden, da somit auch sichtbar wird, was als gegen die Norm beziehungsweise als „unnormale“ gewertet wird.

## Wer spricht über wen? Und wer wird nicht gehört?

Wie sich Menschen und Menschengruppen selbst und andere zueinander in diesen Diskursen aber in Bezug setzen und auf- bzw. abwerten, müssen wir nachvollziehen, wenn wir Diskriminierungen als gesamtgesellschaftliches Problem fokussieren und differenzierter verstehen wollen; Denn Ausgrenzungen und Diskriminierungen bestimmter Menschengruppen gefährden letztendlich den Zusammenhalt einer Gesellschaft. Bei Äußerungen, die Menschen bewusst oder unbewusst ausschließen, müsse sodann auch gefragt werden, welche Rhetorik und Ideologie hinter wahrgenommenen Ausgrenzungsmechanismen stecke bzw. gezielt angewendet werde, so Diana Sherzada. Bei der anschließenden Diskussion ergänzten die Teilnehmenden, dass es für die Auseinandersetzung mit dem Islam von fundamentaler Bedeutung sei, über den Islam Bescheid zu wissen und in der Argumentation differenziert

vorzugehen. Gleichfalls wurde angemerkt, dass es nicht einfach sei, sich mit einer Religion auseinanderzusetzen, die über 1.400 Jahre alt ist. Trotzdem sollte man innerhalb des Diskurses seriös bleiben.

## Verbietet der Koran den gleichgeschlechtlichen Akt?

Mit Verweis auf den Islamwissenschaftler und Arabisten Prof. Dr. Thomas Bauer erinnerten die Teilnehmenden daran, dass der Islam in seinen kanonischen Texten fast gar keine Basis erkennen ließe, um gleichgeschlechtliche Liebe zu verdammen. Die Behauptung „Der Koran verbietet den gleichgeschlechtlichen Akt“ sei aus der Perspektive von einigen Teilnehmenden falsch, da der Koran nur auf Unzucht eingehe und damit Ehebruch (= zinâ) meint. Eine rechtliche oder gar normative Aussage zu homosexuellem Geschlechtsverkehr ließe sich im Koran nicht finden.

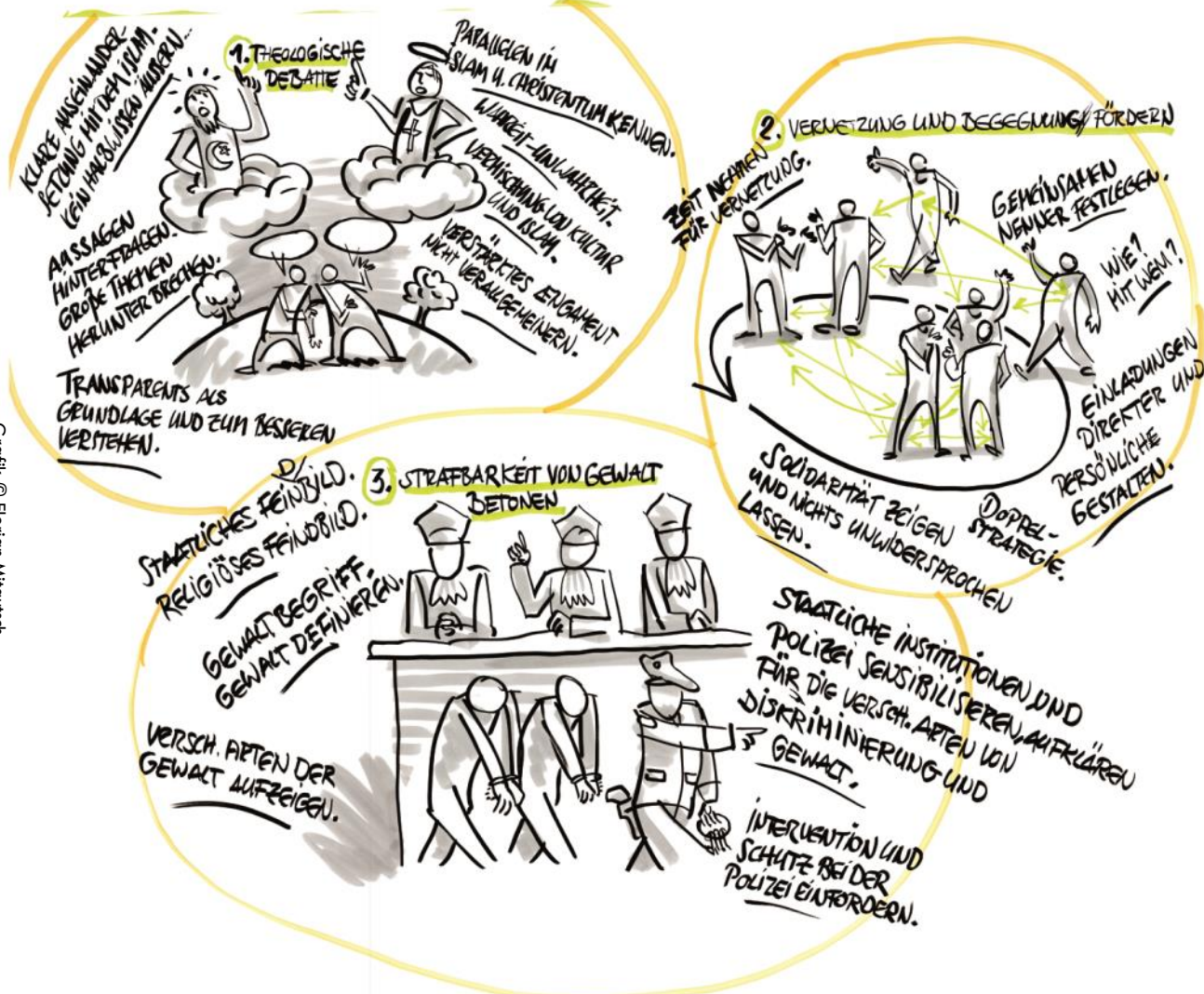
Auch in der Geschichte des Volkes Lot im Koran wird Homosexualität nicht thematisiert.

# ISLAMFEINDLICHKEIT HOMOPHOBIE & RECHTSPOPULISMUS

WAS IST (RELIGIÖS LEGITIMIERTE) HOMOPHOBIE?

WAS IST ISLAMFEINDLICHKEIT ANTIMUSLIMISCHER RASSISMUS?

WAS IST RECHTSPOPULISMUS?



Im Anschluss diskutierten die Teilnehmenden Strategien, die Aktivist\*innen und Ehrenamtler\*innen auf dem Vernetzungstreffen im Dezember 2018 in Mannheim erstellt hatten.

**Für die weitere Diskussion waren die folgenden beiden Leitfragen zentral:**

- **Wie schätzt ihr die nachfolgenden Strategien ein, um Islamfeindlichkeit/Muslimfeindlichkeit und Homosexuellenfeindlichkeit zu begegnen?**
- **Was ist ungenau, kann und muss ergänzt werden? Was sind Stärken bzw. Schwächen dieser Ansätze? Welche Strategien gibt es außerdem noch?**

**1. Theologische Debatte / Wandel fördern**

In der Diskussion mit den Teilnehmenden zeigte sich, dass es schwierig ist, eine Diskussion über die Öffnung von islamischen Religionsgemeinschaften zu führen, ohne den Islam<sup>10</sup> (bspw. Koran, Ahadees<sup>11</sup>, Fiqh<sup>12</sup>, Seerah<sup>13</sup>) mit seinen Interpretationsansätzen zu kennen. Erschwerend kommt hinzu, dass es fast unmöglich ist, historisch-wissenschaftliche Diskurse und Aussagen auf ihre Validität zu überprüfen. Diese Probleme bei Auslegung und Überprüfung hätten nach Meinung der Teilnehmenden auch Auswirkungen auf theologische Diskurse und ihre Weiterentwicklung. Darüber hinaus ist der Kreis derjenigen, die sich an theologischen Debatten aktiv beteiligen können, äußerst begrenzt. Viele Menschen haben keinen Zugang zu diesen Diskursen.

Um einen Wandel und dementsprechend auch breitere Diskurse zu fördern, müssten nach Meinung der Teilnehmenden diese Foren geöffnet werden, um eine breite Beteiligung überhaupt erst zu ermöglichen. Dabei seien unterschiedliche Formate für eine Beteiligung (Gespräche, Vorträge bzw.) ebenso wichtig wie die Frage, wer als Zielgruppe diese Diskurse mitgestalten soll. Auch stimmten die Forumsteilnehmenden darin überein, dass es innerhalb einer theologischen Diskussion wichtig sei, Positionen des Islam zu Themen wie „Frauenrechte“ oder „Homosexualität“ transparent und nachvollziehbar zu gestalten.



Grafik © Florian Mitgusch

**Welche Aspekte sollten einbezogen werden, wenn über islamische Religion gesprochen oder diskutiert wird?**

- + Die Heterogenität und Geschichtlichkeit des Islams sollten einbezogen werden. „The danger of a single story“: d.h. Generalisierung / Stereotypisierung sollten innerhalb der eigenen Argumentation vermieden werden.
- + Muslimische Gesellschaften sollten nicht mit dem „Islam“ und/oder „IS“ gleichgesetzt werden.
- + Es ist sinnvoll, auf sich verändernde Interpretationen der Schriften hinzuweisen.
- + Die eigene Argumentation sollte nachvollziehbar und transparent sein.
- + Es ist zielführend, Parallelen zwischen den Weltreligionen aufzuzeigen und zu benennen. Das betrifft auch Gemeinsamkeiten innerhalb der unterschiedlichen konservativen Strömungen. Es ist aber auch wichtig, über Unterschiede informiert zu sein. Das zeigt Respekt und Interesse.

<sup>10</sup> Darüber hinaus gibt es deutliche Unterschiede zwischen den unterschiedlichen Glaubensrichtungen im Islam (wie zum Beispiel zwischen Sunnit\*innen und Schiit\*innen).

<sup>11</sup> Bezeichnet die Überlieferungen der Aussprüche und Handlungen des islamischen Propheten Mohammed

<sup>12</sup> Bezeichnung für die islamische Normenlehre bzw. islamische Rechtswissenschaft

<sup>13</sup> Meint das Leben des Propheten (Biographie)



## 2. Vernetzung und Begegnung fördern, um gemeinsame Solidarität zu erreichen

Bevor eine Vernetzung und/oder andere Begegnungsformate geschaffen werden können, ist es nach Ansicht der Teilnehmenden grundlegend, zunächst die Zielgruppe(n) zu identifizieren. Die Frage, mit wem ich mich vernetzen möchte, muss im Vorfeld geklärt werden, um entsprechende Begegnungsformate zielgruppengerecht gestalten zu können. Dabei sollten inhaltliche Schnittmengen identifiziert werden, um eine gemeinsame Diskussionsbasis zu haben. Faktoren wie Zeit und Geld bei der Vernetzung dürften nicht aus dem Blickfeld geraten.

Die Teilnehmenden merkten an, dass es gut wäre, bei möglichen Projektanträgen ausreichend Zeit und Geld für den Einladungsprozess (z.B. individuelle Ansprachen von potentiellen Partner\*innen) einzuplanen. Oft sei es zielführender, persönlich anzurufen und zu erklären, um was es bei der geplanten Veranstaltung geht und weshalb diese wichtig ist. In einem Gespräch kann ebenso auf strategische Gemeinsamkeiten bzw. gegenseitige Solidarität hingewiesen werden. Das schafft neue Bündnisse und motiviert weitere Organisationen zur Teilnahme.

Es ist wichtig, diskriminierungsfreie Räume für Begegnung und Vernetzung zu schaffen. Die Begegnung oder Vernetzung sollte so gestaltet werden, dass Ausgrenzungsmechanismen frühzeitig erkannt und entfernt werden. Das betrifft beispielsweise die Kommunikation (Sprachmittlung) und den Zugang (Barrierefreiheit). Im Vorfeld sollte auch geklärt werden, wie mit menschenfeindlichen Äußerungen umzugehen ist. Es kommt darauf an, den Austausch und die Begegnung so zu gestalten, dass alle gleichberechtigt daran teilhaben können.

## 3. Strafbarkeit von Gewalt betonen / Verurteilung von Gewalt einfordern

Bevor über Möglichkeiten und Herausforderungen im Umgang mit Gewalt diskutiert wird, sollte der Begriff der Gewalt besprochen werden.

Was ist konkret mit Gewalt gemeint? Verbale Auseinandersetzungen können beispielsweise auch als gewalttätig und gewaltfördernd empfunden werden. Neue Öffentlichkeiten sollten mittels kreativer Protestformen politisiert werden, um für eine erlebbare Solida-

rität zu werben (wie zum Beispiel die #metoo-Bewegung, „black lives matter“ und diverse Trans\*-Bewegungen). Hierzu braucht es jedoch auch geeignete Strategien.

Grundlegend muss es also sein, die vielfachen Formen der Gewalt aufzuzeigen, wie sie beispielsweise mit Prekarität und Migration, aber auch mit alltäglichen Erfahrungen von Stigmatisierung, Homosexuellenfeindlichkeit,

Rassismus oder Transfeindlichkeit einhergehen. Daher ist es auch wichtig, aufmerksam zu sein, wenn Feindbilder mobilisiert und neu belebt werden.

Wo undifferenziert und wenig konstruktiv mit sozialen Unterschieden umgegangen wird, können normative Ordnungen der Zukunft nicht neu und konstruktiv verhandelt werden.

## 4. Von (geteilten) Diskriminierungserfahrungen ausgehen

Wenn diskriminierende Handlungen reflektiert und geteilt werden, ist es wichtig, stets die eigene Position zu klären. Aus welcher Rolle heraus wird jeweils gesprochen (Mutter, Vater, Wissenschaftler\*in, Aktivist\*in, Tochter...)?

Die Reflektion der eigenen Erfahrungen mit Ausgrenzung und Diskriminierung kann in bestimmten Kontexten dazu beitragen, dass Betroffenheit erzeugt und solidarische Anteilnahme erreicht wird. Die eigene Betroffenheit kann so als Bindeglied zwischen der eigenen Erfahrung und der Solidarität Anderer fungieren. Gleichfalls muss dabei anerkannt werden, dass Menschen vielfältige Zugehörigkeiten haben und auch (Mehrfach-) Diskriminierung in unterschiedlicher Weise erfahren. Nach Ansicht der Teilneh-

menden sei es jedoch wichtig, beim Mitteilen der eigenen Erfahrungen auch die persönlichen Grenzen zu kennen und zu respektieren.

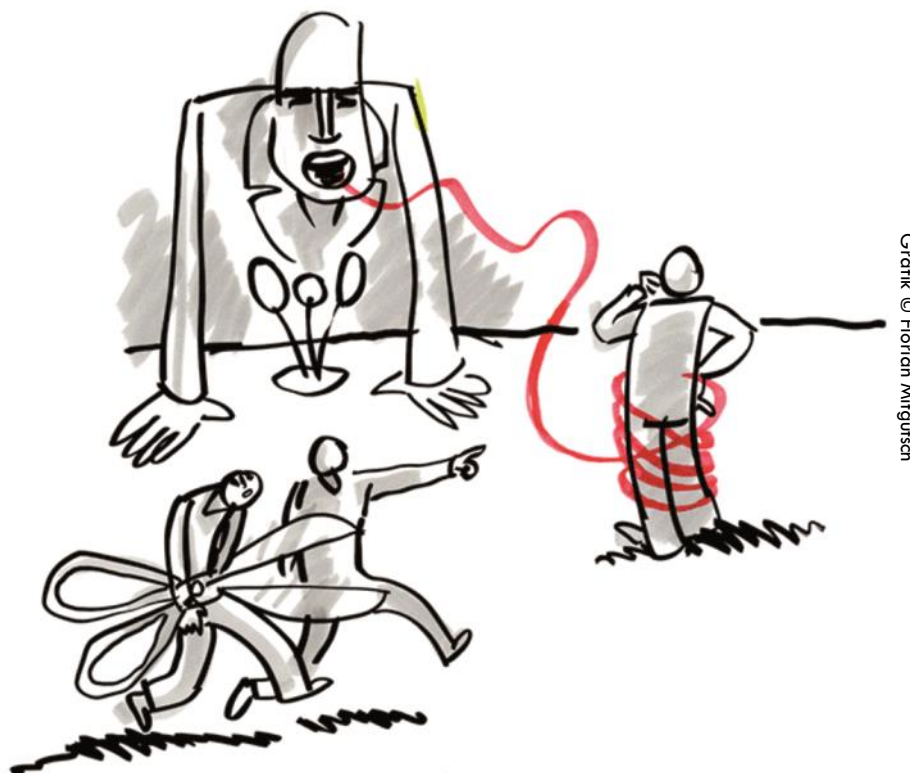
Was möchte und kann ich von mir preisgeben? Wie kann ich sicherstellen, dass es mir dabei gut geht (Stichwort: Selbstfürsorge)?

Darüber hinaus sollte geklärt werden, in welchen Räumen „geteilte Diskriminierungserfahrungen“ überhaupt möglich sind (Stichwort: sichere bzw. diskriminierungsfreie Räume).

Was kann und darf gesagt werden und wo ist der persönliche Spielraum? Dazu ist es wichtig zu klären, in welchem Kontext Diskriminierungserfahrungen mitgeteilt werden sollen (Medien, Verbände, Hochschulen). Diese Fragen müssen Menschen individuell für sich klären, wenn Erfahrungen von Ausgrenzung und Anfeindung mit anderen Menschen geteilt werden sollen. Sichtbarkeit braucht Sicherheit und Selbstbestimmung. Besonders das Recht auf ein selbstbestimmtes Handeln sollte eingefordert werden.

**Wie können Vereine und Verbände auf muslim- und homosexuellenfeindliche Angriffe reagieren?**

- + Solidarisches Handeln bei Angriffen gegen zivilgesellschaftliche Organisationen: LSBTI\*-Community aktivieren, wenn es muslimfeindliche Gewalt oder Übergriffe gibt; Solidarität zeigen; Religiöse Autoritäten ansprechen oder ansprechen; Solidarität einfordern, wenn es homosexuellen- oder transfeindliche Übergriffe gibt.
- + Sensibilisierung von Polizist\*innen in Aus- und Fortbildungen zum Thema „Hassgewalt und Gewaltprävention“ einfordern.
- + Polizei und Ordnungskräfte explizit auf Gewalt bzw. hetzerische Anfeindungen aufmerksam machen.



Grafik © Florian Mitgutsch

**5. Sich auf gemeinsame (islamische) Werte berufen**

In der Diskussion tauschten die Teilnehmenden sich vor allem über die Frage aus, wie Religionsgemeinschaften mit möglichen menschenfeindlichen Einstellungen in ihren eigenen Communities umgehen können.

In einem solchen Kontext ist es sinnvoll, nicht nur die eigenen religiösen Werte zu betonen, sondern auf die Grund- und Menschenrechte zurückzugreifen. Die Menschenrechte bilden die Basis des menschlichen Zusammenlebens und

werden von allen Religionsgemeinschaften akzeptiert. Die darin verbrieften Werte und Normen sind auch für Religionsgemeinschaften von Bedeutung.

Darüber hinaus könnten folgende Maßnahmen sinnvoll sein:

- + gemeinsame Werte und Normen nutzen, um diesen Einstellungen entgegenzuwirken
- + Menschenrechte als übergreifende

gemeinsame Basis hervorheben

+ auf Werte wie Nicht-Diskriminierung, Nächstenliebe, Toleranz, Friedfertigkeit, Ehrlichkeit und Solidarität verweisen<sup>14</sup>

+ auf das Selbstbestimmungsrecht verweisen (Wo trifft mein Selbstbestimmungsrecht auf das des anderen?)

+ repressive Sexualmoral hinterfragen

<sup>14</sup> Vgl. Westfälische Wilhelms-Universität Münster: Integration und Religion aus der Sicht von Türkeistämmigen in Deutschland, S. 18 ; Quelle: [www.uni-muenster.de/imperia/md/content/religion\\_und\\_politik/aktuelles/2016/06\\_2016\\_studie\\_integration\\_und\\_religion\\_aus\\_sicht\\_t\\_rkeist\\_mmiger.pdf](http://www.uni-muenster.de/imperia/md/content/religion_und_politik/aktuelles/2016/06_2016_studie_integration_und_religion_aus_sicht_t_rkeist_mmiger.pdf)

## Fachforum 2: „Neurechte Agitationen gegen sexuelle und geschlechtliche Vielfalt in Schule und Bildung“

Leitung: Axel Hochrein, LSVD-Bundesvorstand

Expertin: Dr. Carolin Küppers, Wissenschaftliche Referentin der Bundesstiftung Magnus Hirschfeld

Carolin Küppers © Universität Leipzig



„Die Regionalkonferenzen des LSVD sind meines Erachtens zentral, um innerhalb der LSBTI\*-Community die Aufmerksamkeit gegenüber den stärker werdenden rechtspopulistischen Strömungen zu erhöhen. Es ist ein wichtiger Schritt, um gemeinsam und solidarisch Handlungsmöglichkeiten zu entwickeln.“

– Dr. Carolin Küppers

Ihren Input für das Fachforum stellte Dr. Carolin Küppers unter das Zitat der Friedenspreisträgerin des deutschen Buchhandels, Carolin Emcke: „Verschiedenheit ist kein hinreichender Grund für Ausgrenzung.“ Einleitend verwies sie auf das Grundgesetz in seinen ersten drei Artikeln. Dieses liefert bereits die Grundlage für das Recht auf Vielfalt in der Bildung: „Die Würde des Menschen ist unantastbar. Jeder hat das Recht auf die freie Entfaltung seiner Persönlichkeit. Alle Menschen sind vor dem Gesetz gleich.“

Weiterhin trat sie für einen intersektionalen Zugang in der Bildungsarbeit zu geschlechtlicher und sexueller Vielfalt ein. Dieser sollte nicht die Anpassung an eine vermeintliche Normalität anstreben, sondern selbstbewusst ein Recht auf Vielfalt einfordern. Hierfür ist es wichtig, Vielfalt als gesellschaft-

liche Realität sichtbar zu machen und für eine Gesellschaft einzutreten, in der alle Merkmale eines Menschen gleichermaßen wertgeschätzt werden. Auf diese Weise kann ein solidarischer Umgang miteinander gestaltet werden.

Carolin Küppers plädierte dafür, sexuelle und geschlechtliche Vielfalt nicht lediglich als einmaliges Thema wie etwa im Rahmen eines Workshops von spezialisierten Teams in der Bildung zu behandeln, sondern als langfristiges Querschnittsthema (beispielsweise in allen Schulfächern) zu verankern. Diese Verankerung sollte bereits in der Ausbildung von pädagogischen Fachkräften beginnen. Dabei sollte der Nutzen der intersektionalen Arbeitsweise in den Vordergrund gestellt werden. Küppers machte auf eine Diskrepanz aufmerksam: einerseits postulieren die

Gegner\*innen einer Pädagogik der Vielfalt, dass sie in ihren Sorgen und Ängsten nicht ernst genommen würden. Andererseits geht genau diesen Gegner\*innen eine wie auch immer geartete Empathiefähigkeit gegenüber anderen Denkweisen, Herkünften und Lebenseinstellungen usw. ab. Die Stärkung dieser Fähigkeit ist laut Carolin Küppers die vorrangige Aufgabe in der Schule und in der politischen Bildung. Denn nur mit Empathie kann ein grundsätzliches Verständnis für das Gegenüber und eine gegenseitige Verständigung erreicht werden.

Zudem verwies Küppers auf die neue Veröffentlichung der Bundeszentrale für politische Bildung „Sexualitäten, Geschlechter und Identitäten“ mit einer thematischen Materialsammlung für die schulische und außerschulische Bildung.<sup>15</sup>

Im weiteren Verlauf sammelten die Teilnehmenden grundlegende Herangehensweisen, um die sexuelle und geschlechtliche Vielfalt in Schule und Bildung zu verteidigen. Als ein entscheidender Faktor wurde die grundsätzliche Haltung ausgemacht, mit der dem jeweiligen Gegenüber begegnet wird.

<sup>15</sup> Siehe dazu [www.bpb.de/shop/lernen/themen-und-materialien/275375/sexualitaeten-geschlechter-und-identitaeten](http://www.bpb.de/shop/lernen/themen-und-materialien/275375/sexualitaeten-geschlechter-und-identitaeten)



**Haltung**

- + Unvoreingenommene Empathie zum Gegenüber erzeugt die richtige Strategie und Kommunikationskultur, um die anderen Menschen ernst zu nehmen und sowohl inhaltlich als auch emotional persönlich zu erreichen.
- + Um Empathiefähigkeit zu entwickeln, ist ein positives Selbstbild unabdingbar bzw. Voraussetzung.
- + Vielfalt als Ist-Zustand vermitteln sowie positiv darstellen und kommunizieren

Die Teilnehmenden stellten mehrere Aussagen gemäß einer dementsprechenden Kommunikationsstrategie zusammen:

- „Vielfalt bereichert.“
- „Vielfalt willkommen heißen.“
- „Ohne Angst verschieden sein können.“

Im Bewusstsein der eigenen Vielfalt kann Empowerment für die LSBTI\*-Community erreicht werden. Auf diese Weise erlangt die Community die Sicherheit, dass sie bereits gesellschaftliche Vielfalt lebt. Mit dieser Sicherheit werden die Akteur\*innen gestärkt, um in die Auseinandersetzung mit den Gegner\*innen von Vielfalt zu gehen. Als Leitgedanke dient nach Ansicht der Teilnehmenden der Satz „Wir haben das Wissen über gelebte Vielfalt.“

Ein guter Denkanstoß im Rahmen einer empathischen Kommunikationsstrategie ist folgende Frage. Sie kann zum Beispiel bei Schüler\*innen im Rahmen eines Workshops „Aha“-Erlebnisse hervorrufen:

*„Hast du dir schon einmal ausgesucht, in wen du dich verliebst?“*

Dabei kann dem Gegenüber der Nutzen vermittelt werden, indem ein Gedankenexperiment mit folgender Stoßrichtung durchgeführt wird:

*„Was bedeutet es für dich, wenn niemand mehr Angst hat, verschieden zu sein?“*

Die Kommunikationsstrategie sollte immer der Situation gemäß angepasst

werden. Dabei ist darauf zu achten, dass die Adressat\*innen bewusst angesprochen werden. Die Ansprache sollte altersgemäß und passgenau sein. Das heißt, insbesondere sollte vermieden werden, „oberflächliche Phrasen zu dreschen“. Zielführender ist es, die Adressat\*innen mit leicht verständlichen und emotional ansprechenden Aussagen anzusprechen.

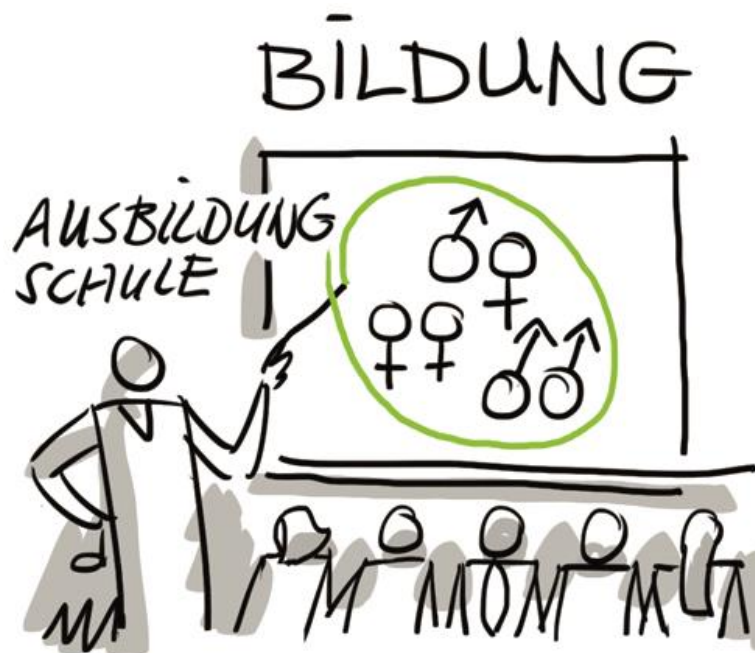
**Empathiefähigkeit**

- + die Entwicklung von Empathiefähigkeit unterstützen durch die Erzählung von Geschichten, die Emotionen hervorrufen können
- + Emotionen aufgreifen und anschließend Inhalte vermitteln
- + Diskriminierungen deutlich benennen

- + Definitionsmacht wieder erlangen
- + Überzeugung durch sachliche Diskussion in einem geschützten Rahmen

In dieser Haltung kann das Werte-Quadrat des Kommunikationswissenschaftlers Prof. Dr. Friedemann Schulz von Thun hilfreich sein. Demnach sollte immer nachgefragt werden, in welcher Weise dem Gegenüber Nachhaltigkeit, Sicherheit und Gemeinnutzen wichtig sind. Denn nur vor diesem Hintergrund ist eine fruchtbare Diskussion möglich, die beide Seiten weiterbringt.

So beachten – idealtypisch – beide Seiten, welche Werte der gesellschaftlichen Ordnung als Grundlage der Auseinandersetzung und der Suche nach Lösungen dienen sollen.<sup>16</sup>



Grafik © Florian Mitgusch

<sup>16</sup> Siehe dazu [www.schulz-von-thun.de/die-modelle/das-werte-und-entwicklungsquadrat](http://www.schulz-von-thun.de/die-modelle/das-werte-und-entwicklungsquadrat)

## Forderungen für die Bildungspolitik in Bayern und auf Bundesebene

### Was ist nötig, um die Regenbogenkompetenz in Schule und Bildung zu erhöhen?

- + Intersektionalität / menschenrechtsbasierte Ansätze als Grundlage für Vermittlung/Lehrkonzepte/Handeln in Schule und Bildung
- + sexuelle und geschlechtliche Vielfalt in Ausbildung pädagogischen Personals einbeziehen (von Kita über Schule bis Erwachsenenbildung)
- + sexuelle und geschlechtliche Vielfalt in den online-Schulungen für Sexualbeauftragte der bayrischen Schulen berücksichtigen
- + Schule ohne Rassismus vor Kürzungen schützen (sexuelle und geschlechtliche Vielfalt ist Teil des Projekts)
- + sexuelle und geschlechtliche Vielfalt in Wertediskussion im Bundesland Bayern einbringen

### Maßnahmen in der Bildungspolitik

- + Schulbuchverlage zur Aufnahme von sexueller und geschlechtlicher Vielfalt in die Lehrmaterialien überzeugen und auf das Kultusministerium einwirken, um inklusive Lehrmaterialien zu fördern oder durchzusetzen: Verbände wie der LSVD, die GEW und weitere Verbände sind hierbei gefordert
- + Fortbildungen für Lehrkräfte und pädagogisches Personal zum Thema „Umgang mit menschenfeindlichen Einstellungen im Bildungsbe- reich“ anbieten, um dadurch das Bewusstsein über Diskriminierungsformen und die Sicherheit in diskriminierungsfreier/-armer Sprache zu vermitteln
- + Demokratische Grundwertevermittlung muss fächerübergreifend in der Schule umgesetzt werden (entspricht nicht dem Ist-Zustand).
- + Schulen der Vielfalt etablieren<sup>17</sup>

### Strategien

- + lokale Bündnisse schließen, um Fortbildungen in Kooperation mit freien Trägern zu organisieren
- + bei Demonstrationen (zum Beispiel der sogenannten „Demo für alle“) mit Passant\*innen reden, da diese möglicherweise von Vielfalt zu überzeugen sind
- + die Sprache vereinfachen, um inhaltlich und emotional verstanden zu werden; insbesondere Fremdwörter mit Vorsicht verwenden, da diese für viele unverständlich sind (so wäre z.B. „Geschlechterrollen“ verständlicher als „Gender“, meint aber das Gleiche)
- + Verbündete stärken, sensibilisieren, informieren (Eltern, Landesschüler\*innen-Vertretungen, Landeselternrat, Arbeitskreis Kritische Sozialarbeit) und Module in JuLeiCa-Ausbildung zum Thema anregen

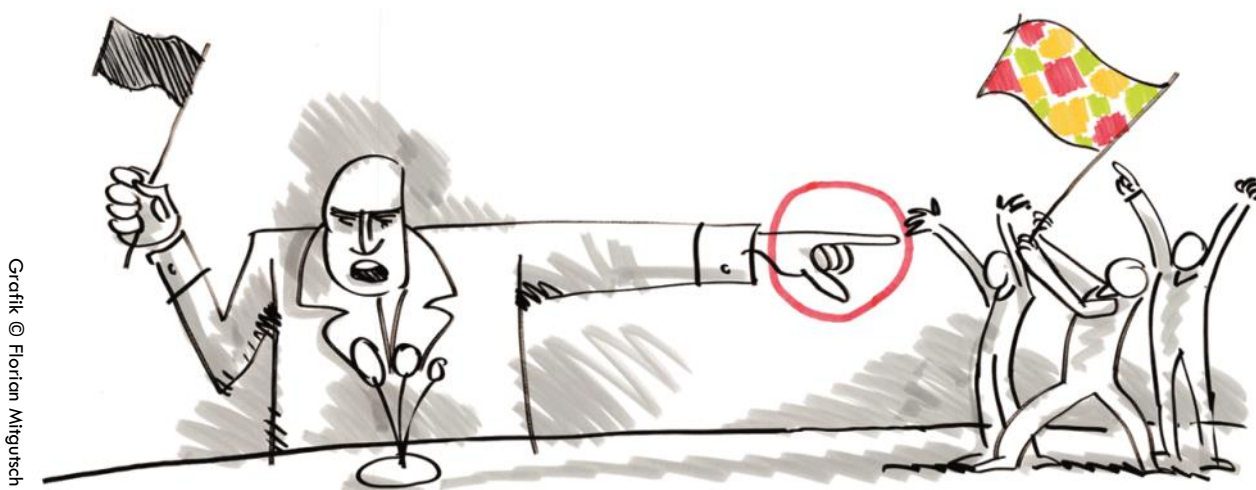
<sup>17</sup> Siehe dazu [www.schule-der-vielfalt.org/land-bayern.htm](http://www.schule-der-vielfalt.org/land-bayern.htm)

# Podiumsdiskussion: „Rechtspopulismus als Gefahr für Vielfalt und Respekt“

Moderation: **Markus Nau**

Expertinnen: **Dr. Miriam Heigl**, Leitung der Fachstelle für Demokratie gegen Rechts-  
extremismus, Rassismus und Menschenfeindlichkeit der Stadt München;

**Dr. Carolin Küppers**, Wissenschaftliche Referentin der Bundesstiftung Magnus Hirschfeld;  
**Janneke Stein**, Referentin im Bündnis für Demokratie und Toleranz (BfDT), Bundeszentrale für politische Bildung



Grafik © Florian Mitgutsch

Während der Diskussion machten die Expertinnen deutlich, dass die Hemmschwelle für verbale und körperliche Übergriffe in den letzten Jahren gesunken sei. Die Angriffe und Anfeindungen würden sich nicht nur gegen Journalist\*innen oder Politiker\*innen richten, sondern genauso gegen Lesben, Schwule, Bisexuelle, trans\* und intergeschlechtliche Menschen, Muslim\*innen, Jüd\*innen, gegen Sinti und Roma und gegen jede Person, die sich den Positionen von Rechten entgegenstelle. Ideologien der Ungleichwertigkeit wirkten dabei oft als Katalysator und würden gewalttätige Angriffe legitimieren.

Um dieser Entwicklung entgegenzusteuern, sei es nach Meinung der Expertinnen wichtig, diese menschenfeindlichen Ideologien offenzulegen und deutlich zu benennen. Grenzen zwischen unbe-

dachten Äußerungen, die jemanden herabwürdigen könnten, und menschenfeindlichen Reden und Taten müssten aufgezeigt und benannt werden. Dass die freiheitliche Demokratie und das gesellschaftliche Miteinander von dieser Entwicklung bedroht sind, darüber bestand auf dem Panel Einigkeit. Sagbarkeiten und der öffentliche und politische Diskurs verschieben sich immer weiter nach Rechts.

**Dr. Carolin Küppers** von der Bundesstiftung Magnus Hirschfeld betonte, dass sich die Zivilgesellschaft angesichts der Anfeindungen von Rechts nicht einschüchtern lassen dürfe. Stattdessen komme es darauf an, die Errungenschaften und die emanzipatorischen Werte zu verteidigen. Solidarisches Handeln und die Stärkung von zivilgesellschaftlichen Bündnissen seien hierfür wichtig und notwendig.

**Janneke Stein** vom Bündnis für Demokratie und Toleranz bestätigte, dass insbesondere zivilgesellschaftlich engagierte mit neuen Herausforderungen konfrontiert seien. Besonders Ehrenamtliche sehen sich Anfeindungen von rechts ausgesetzt. Das Engagement von Ehrenamtler\*innen sei jedoch immer noch stabil und die Unterstützung umso wichtiger.

**Dr. Miriam Heigl** von der Fachstelle für Demokratie der Stadt München ergänzte, dass sich zivilgesellschaftliche Initiativen und Organisationen häufig nicht juristisch gegen Agitation und Angriffe von Rechts wehren könnten, da ihnen schlichtweg die Mittel fehlten. Auch innerhalb der Bundesprogramme müsse diskutiert werden, wie Vereine und Initiativen hier gestärkt werden könnten, so Heigl weiter.



Alle Expertinnen waren sich darüber einig, dass die Auseinandersetzung um die Demokratie nicht erst in der jüngsten Vergangenheit begonnen habe. Denn die Verteidigung der demokratischen Grundwerte, der gesellschaftlichen Vielfalt und der menschenwürdigen Auseinandersetzung sei ein immerwährender Prozess. Neben dem zivilgesellschaftlichen Engagement, sei die Bildungsarbeit ein weiteres Kernelement, um menschenfeindlichen Einstellungen entgegenzuwirken. Diese müsse jedoch verstärkt intersektional denken.

Solange noch diskriminiert werde, könne sich keine\*r sicher fühlen, merkte Dr. Carolin Küppers an. Janneke Stein betonte, dass es wichtig sei, sich gemein-

sam und vernetzt für gesellschaftlichen Zusammenhalt und Demokratieförderung einzusetzen und dass sich unterschiedliche Akteur\*innen mit ihren Themen und Aktivitäten Öffentlichkeit schaffen und als Multiplikator\*innen auftreten können. Darüber hinaus, so Stein weiter, müsse Vernetzung und Austausch zwischen den einzelnen Akteur\*innen verstärkt und unterstützt werden. Dabei solle jedoch unbedingt berücksichtigt werden, dass die Voraussetzungen lokal unterschiedlich seien. So unterscheide sich beispielsweise die Infrastruktur in städtischen Gebieten von der im ländlichen Raum und auch die Formen des Engagements variierten je nach Alter oder sozialer

Gruppe. Das habe auch direkten Einfluss darauf, ob Menschen an Demokratieprojekten teilhaben könnten oder eben auch nicht. Daher brauche es - laut Stein - unterschiedliche Formate, um Beteiligung zu ermöglichen. Dr. Miriam Heigl merkte in diesem Kontext auch an, dass Bürger\*innen verstärkt den Austausch mit der Politik suchten. Daher sei es wichtig, einem Dialog zwischen Politiker\*innen und Bürger\*innen Raum zu geben und diesen strukturiert zu gestalten. Der Diskurs über die Ausgestaltung unseres gesellschaftlichen Miteinanders und unserer Grundwerte dürfe keinesfalls abreißen.

(Es gilt das gesprochene Wort)

**„Zivilgesellschaftliches Engagement ist heute wichtiger denn je. Um den Einsatz für die Vielfalt in unserer Gesellschaft zu unterstützen, Öffentlichkeit zu schaffen aber auch neue Impulse zu geben, sind regionale und bundesweite Veranstaltungen wie diese besonders wichtig. Durch Vernetzung können Brücken gebaut und insbesondere das Engagement gegen gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit nachhaltig gestärkt werden.“**

– Janneke Stein, Bündnis für Demokratie und Toleranz der Bundeszentrale für politische Bildung

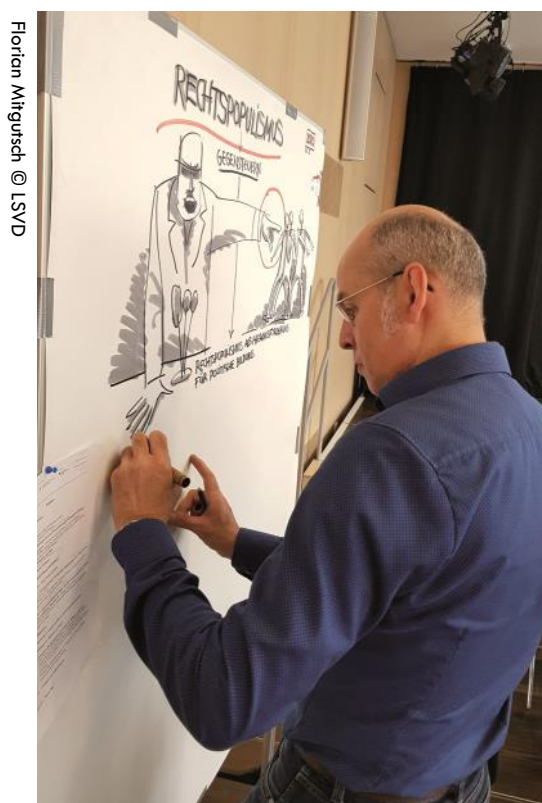


Graphik © Florian Mitgutsch

## Ausblick

Bei insgesamt vier Regionalkonferenzen werden die Ideen und Impulse der Teilnehmenden der Vernetzungstreffen gemeinsam mit Expert\*innen und Multiplikator\*innen analysiert und weiterentwickelt. Alle Ergebnisse fließen in die weitere Projektplanung ein.

Zur Förderung der Debattenkultur und des fachlichen Austauschs werden außerdem bundesweite Regenbogenparlamente veranstaltet. Im Rahmen dieser bundesweit einmaligen Foren soll dem intensiven fachlichen Austausch zum Thema „Regenbogenkompetenz“ in den unterschiedlichsten Gesellschafts- und Politikbereichen Raum gegeben werden.



Florian Mitgutsch © LSVD

Zeichner Florian Mitgutsch bei der Arbeit

### Hinweis

Die Veröffentlichungen in dieser Dokumentation stellen keine Meinungsäußerung des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) oder des Bundesamtes für Familie und zivilgesellschaftliche Aufgaben (BAFzA) dar. Für inhaltliche Aussagen tragen die jeweiligen Autor\*innen die Verantwortung.

### Erstellung der Dokumentation

Redaktion: René Mertens, Jürgen Rausch, Markus Ulrich

Fotos: Jürgen Rausch © LSVD

Graphic Recordings bzw. Auszüge: Florian Mitgutsch, München, [www.grafische-visualisierung.de](http://www.grafische-visualisierung.de)

Gesamtgestaltung: Helga Braun, Hamburg, [www.comedia-hamburg.de](http://www.comedia-hamburg.de)

### Impressum

V.i.S.d.P.: Familien- und Sozialverein des LSVD e.V., vertreten durch Klaus Jetz

Postfach 10 34 14, 50474 Köln

[www.lsvd.de](http://www.lsvd.de)

# Alle Veranstaltungen im Rahmen des LSVD-Projekts „Miteinander stärken“

2017

- 20.10.2017:  
Vernetzungstreffen in Leipzig
- 09.12.2017:  
Vernetzungstreffen in Mannheim

2018

- 20.01.2018:  
Vernetzungstreffen in Dortmund
- 17.02.2018:  
Regenbogenparlament in Berlin
- 03.03.2018:  
Vernetzungstreffen in Magdeburg
- 22.09.2018:  
Regenbogenparlament in Köln
- 10.10.2018:  
Regionale Konferenz in Leipzig
- 08.11.2018:  
Regionale Konferenz in München

2019

- 14.02.2019:  
Regionale Konferenz in Düsseldorf
- 02.04.2019:  
Regionale Konferenz in Magdeburg
- 07.09.2019:  
Regenbogenparlament in Hamburg

## Kontakt zum LSVD-Projekt „Miteinander stärken“

**In Köln:** Jürgen Rausch  
Hülchrather Str. 4  
50670 Köln  
Tel.: 0221- 925 961 13  
Fax: 0221- 925 961 11  
E-Mail: [juergen.rausch@lsvd.de](mailto:juergen.rausch@lsvd.de)

**In Berlin:** René Mertens  
Almstadtstr. 7, 10119 Berlin  
Tel.: 030 - 789 547 63  
E-Mail: [rene.mertens@lsvd.de](mailto:rene.mertens@lsvd.de)  
[www.miteinander-staerken.de](http://www.miteinander-staerken.de)